



FORTSCHRITT

IST WÄHLBAR

LANDESWAHLPROGRAMM FÜR BERLIN

PARTEI DER HUMANISTEN

Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 26. September 2021

UNSERE GRUNDWERTE

Evolutionärer Humanismus

Im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns steht der Mensch – seine Freiheit, sein Wohl, sein Glück und seine Entwicklung. Von ihm gehen Erkenntnis, Vernunft und Ethik aus. Wir streben eine humanistische Gesellschaft an, die ausschließlich durch gemeinschaftlich vereinbarte Normen geregelt wird, die sich aus einer kritisch-rationalen und wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung mit der Realität ergeben. Wir folgen dabei der von Menschen ständig weiterentwickelten Ethik ohne metaphysische Bezugspunkte. Die Grundlage dieser humanistischen Gesellschaft sind aufgeklärte und selbstbestimmte Bürger.

Wissenschaftlichkeit

Wir gehen davon aus, dass die Vorgänge im Universum Naturgesetzen folgen, die sich durch wissenschaftliche Methoden erkennen und verstehen lassen. Auch Menschen sind durch natürliche Abläufe entstanden und Teil der Natur. Wir möchten diese gestalten und dabei zivilisatorische Bedürfnisse und Umweltschutz versöhnen. Dabei ist es wichtig, Chancen und Risiken realistisch zu bewerten und vorhandene Möglichkeiten und Werkzeuge verantwortungsvoll einzusetzen, um unseren Lebensraum und unsere Mitbewesen zu schützen und für kommende Generationen zu erhalten. Die wichtige Rolle der Wissenschaft ist während der Corona-Pandemie besonders deutlich geworden. Argumente des wissenschaftlichen Konsenses wurden ignoriert oder nur halbherzig umgesetzt - mit fatalen Folgen für die Gesundheit und die Existenzen der Menschen. Um heutigen und zukünftigen Krisen wie Pandemien oder dem Klimawandel effektiv entgegenzutreten zu können, müssen Wissenschaft und wissenschaftliches Verständnis gefördert werden. Evidenzbasierte Erkenntnisse sehen wir deshalb als Fundament unserer rationalen und fortschrittlichen Politik.

Selbstbestimmung und Solidarität

Die individuelle Freiheit ist in unseren Augen die wichtigste Voraussetzung, um ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben zu führen. Grundsätzlich soll der Staat nicht bestimmen, was für ein erwachsenes Individuum richtig ist und welche Entscheidungen es für das eigene Leben trifft. Vielmehr hat er die Aufgabe, neben anderen Grundrechten insbesondere die individuelle Freiheit zu gewährleisten und zu schützen. Der Mensch ist allerdings auch ein soziales Wesen. Seine herausragenden Fähigkeiten sind Kommunikation und Kooperation, Lernfähigkeit und die Entwicklung von Kultur. Menschen setzen auf gegenseitige Hilfe und Solidarität. Als Humanisten schützen und unterstützen wir auch die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft

nach unseren besten Möglichkeiten. Eine gerechte Gesellschaft ist eine erfolgreiche Gesellschaft.

UNSER POLITIKSTIL

RATIONAL

Wir erarbeiten unsere Positionen ergebnisoffen auf der Basis von Fakten. Oft entstehen zunächst unterschiedliche Sichtweisen zu einem Thema, bevor wir uns auf einen Standpunkt festlegen. Dabei hören wir nicht nur auf die Wissenschaft, wir arbeiten selbst auch nach wissenschaftlichen Methoden. Möglichst neutral hinterfragen wir immer wieder, ob unsere Standpunkte noch den neuesten Erkenntnissen entsprechen. Immer, wenn sich die Faktenlage ändert, unterziehen wir unsere Positionen einer kritischen Bewertung. Das ist rational, denn beinahe täglich werden neue wissenschaftliche Erkenntnisse gewonnen. Die eigenen Positionen stetig zu hinterfragen und bei Bedarf anzupassen, ermöglicht uns eine moderne Politik, die unsere Gesellschaft fit für die Zukunft macht.

LIBERAL

Freiheit und Selbstbestimmung stehen nicht im Widerspruch zu Solidarität und Gerechtigkeit. Wir wollen gleiche Chancen für alle schaffen und es jedem ermöglichen, auf seine Art das Beste für sich daraus zu machen. Jeder Mensch ist einzigartig und jede Gesellschaft die Summe ihrer einzigartigen Teile.

FORTSCHRITTLICH

Wir sind neugierige Forscher und Pioniere, Weltverbesserer und Gestalter der unaufhaltsamen Veränderung. Eine humanistische Gesellschaft wächst durch fundierte Erkenntnisse und die positive Wirkung auf das menschliche Zusammenleben. Wir nehmen unsere Zukunft aktiv in die Hand. Dabei ist es wichtig, Chancen und Risiken realistisch zu bewerten und vorhandene Möglichkeiten und Werkzeuge verantwortungsvoll einzusetzen, um unseren Lebensraum und unsere Mitbewesen zu schützen und für kommende Generationen zu erhalten.

Unser Leitbild kannst du unter www.diehumanisten.de/leibild nachlesen.

INHALTSVERZEICHNIS

Unsere Grundwerte	1
Unser Politikstil	3
Inhaltsverzeichnis	4
Wohnen	5
Arbeit und Soziales	8
Bildung	11
Verkehr und Mobilität	14
Digitalpolitik	17
Gesundheit und Medizin	22
Kultur	27
Psychoaktive Substanzen	30
Innere Sicherheit	31
Umwelt und Klima	33
Wirtschaft	35
Säkularisierung	37
Europa	40

WOHNEN

Wohnen ist in Berlin in den letzten Jahren deutlich teurer geworden und neuer Wohnraum nur schwierig zu finden. Die steigende Bevölkerungszahl ist Resultat der Attraktivität der Stadt. Der Mangel an Wohnungen allgemein und erschwinglichem Wohnraum im Besonderen wiederum ist ein Ergebnis politischer Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte. Diese Politik des Verschleppens gilt es zu ändern.



Mieter schützen

Bestehende Mittel

Die Wohnraumsituation in Berlin hat über die Jahre zu verschiedenen regulatorischen Maßnahmen geführt, die wir unterschiedlich bewerten. Wir unterstützen den Schutz der Mieter durch einen Mietspiegel und die Mietpreisbremse. Auch die nachhaltige Gestaltung von Stadtquartieren durch den Milieuschutz betrachten wir als sinnvolles Werkzeug. Maßnahmen wie die Enteignung von Wohnungsgesellschaften oder den Mietendeckel lehnen wir ab und ziehen lösungsorientiertes Handeln teurer Symbolpolitik vor.

Sozialer Wohnungsbau

Wohnen ist ein Menschenrecht. Berlin ist gekennzeichnet und geprägt durch eine Vielzahl unterschiedlicher Lebens- und Wohnformen, für die jeweils individuelle Lösungen nötig sind. Vor dem Hintergrund der zum Teil starken sozialen und finanziellen Verwerfungen in der Bevölkerung ist es unerlässlich, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu verstetigen, um mehr Menschen die freie Wahl des Wohnortes zu ermöglichen. Ebenso wichtig ist die Förderung landeseigener Wohnungsunternehmen und Genossenschaften.

Erwerb von Wohneigentum

Privatpersonen müssen beim Erwerb von Wohneigentum zur Eigennutzung spürbar entlastet werden, unter anderem durch eine Deckelung der Maklergebühren und einer Erhöhung des Freibetrags der Grunderwerbssteuer.

Wohnraum schaffen

Nachverdichtung

Ein wichtiges Werkzeug bei der Bekämpfung der Wohnungsnot ist der Bau neuer Wohnungen. Hier sind insbesondere auch Nachverdichtungen und Aufstockungen vorhandener Wohngebäude vorzunehmen, um möglichst wenig neue Flächen versiegeln zu müssen. Dazu müssen auch Einschränkungen wie die Traufhöhe offen reflektiert und gegebenenfalls angepasst werden.

Bürokratieabbau

Es bedarf einer langfristig ausgelegten Entwicklung. Bürokratie muss spürbar abgebaut, Hürden für Wohnentwicklungsprojekte reduziert und unnötige Subventionen vermieden werden. Neue Entwicklungen müssen auf Basis einer Konzeptvergabe erfolgen, anstatt Bauflächen lediglich an den Meistbietenden zu veräußern. Berlin kann das Mittel der Bodenbevorratung nutzen, um sich langfristig Flächen für zukünftige Entwicklungen zu sichern.

Anbindung

Um das Wohnen im Umland von Berlin attraktiver zu machen und damit die Wohnraumsituation in der Stadt selbst zu verbessern, fordern wir eine bessere öffentliche Nah- und Fernverkehrsanbindung.

Nachhaltige Wohnungspolitik

Gesetzesvorhaben müssen einen angemessenen Ausgleich zwischen den Interessen der Mieter und Vermieter schaffen. Beim Mietendeckel wurde dies nicht beachtet. Im Ergebnis führte dieser zu rückläufigen Bauvorhaben und einer weiteren Verknappung des Angebots freier Mietwohnungen. Auch Enteignungen sehen wir nicht als Lösung des Wohnraum Mangels. Diese erfordern einen hohen finanziellen Aufwand für den bloßen Eigentümerwechsel ohne dass dadurch dringend benötigter neuer Wohnraum entstünde. Die Mietpreisbremse hingegen ist ein probates und etabliertes Mittel, um Mieter in bestehenden Mietverhältnissen zu schützen. Der Mietspiegel schafft Rechtssicherheit und basiert auf einer verlässlichen Datengrundlage.

Forderungen

- ✓ Verstetigung der Förderung sozialen Wohnungsbaus, landeseigener Wohnungsunternehmen und Genossenschaften

- ✓ Schaffung von neuem Wohnraum durch Bau in die Höhe anstatt in der Fläche
- ✓ Abbau bürokratischer Hürden bei Aus- und Neubau
- ✓ Verwendung nachhaltiger Baustoffe, Förderung energetischer Modernisierungen
- ✓ Konzeptvergabe für Projekte der öffentlichen Hand
- ✓ Bodenbevorratung
- ✓ Bessere Einbindung des Umlandes
- ✓ Förderung von privatem Wohneigentum zur Eigennutzung
- ✓ Mieterschutz durch Mietpreisbremse, Mietspiegel und Milieuschutz

ARBEIT UND SOZIALES

Humanistische Sozialpolitik setzt auf Hilfe zur Selbsthilfe, Chancengleichheit und Unterstützung in Not. Wir trauen Menschen zu, selbst zu entscheiden, ob ihr Beitrag zur Gesellschaft in Form von Erwerbsarbeit, Pflegearbeit, Selbstständigkeit, ehrenamtlicher Tätigkeit, künstlerischer Betätigung oder anderer Beschäftigung erfolgt. Unser Ziel ist, dass alle Menschen frei von Zwängen und ohne Existenzängsten ihre eigenen Lebensentwürfe gestalten können.



Kinder und Familien

Kinder und Jugendliche

Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Die Art und Weise wie unsere Kinder aufwachsen schafft die Grundlage für den späteren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir setzen uns deshalb für eine kinderfreundliche Umgebung ein und möchten das Bewusstsein für die besondere Lage von Kindern und Jugendlichen schärfen. Konkret fordern wir ein flächendeckendes Angebot von barrierefreien Sport- und Spielstätten mit guter Erreichbarkeit aufzubauen. Zudem wollen wir die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildungsangeboten durch flächendeckende, kostenfreie und weltanschaulich neutrale Kindertagesstätten sicherstellen. Darüber hinaus setzen wir uns für ein breites Angebot an Schulungen zu Kinderrechten und Kindeswohl für das im Kinder- und Jugendbereich tätige Personal ein.

Jugendliche

Gesellschaftliche Teilhabe ist ein wichtiger Baustein der Demokratie. Auch Jugendliche sollten über die sie betreffenden Belange mitentscheiden können. Wir wollen deshalb das Wahlalter für die Wahl zum Abgeordnetenhaus auf 16 Jahre absenken und Formen der Jugendbeteiligung stärken. Wir fordern außerdem eine konsequente Durchsetzung des Jugendarbeitsschutzgesetzes zur Wahrung der Interessen jugendlicher Arbeitnehmer.

Familien

Eine Familie ist für uns eine Gemeinschaft aus Menschen, die sich für das Zusammenleben in gegenseitiger Fürsorge und Verantwortung entschieden haben. Daher müssen die Begriffe „Ehe“ und „Familie“ aus ihrem traditionellen Rahmen gelöst werden. Wir fordern, dass der Staat

grundsätzlich seine Familienpolitik kinderfreundlich und zukunftsorientiert ausrichtet. Familiengründungen sind vom Staat so zu fördern, dass Kinderkriegen in unserer Gesellschaft kein Armutsrisiko darstellt. Wir treten für eine Liberalisierung des Adoptions- und Abtreibungsrechts ein. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten und für jedes Kind die soziale Teilhabe sicherzustellen, fordern wir eine flächendeckende Versorgung mit kostenfreien Plätzen in Kindertagesstätten, wie dies bereits für Schulen selbstverständlich ist. Weiterhin fordern wir die vollständige rechtliche Gleichstellung von Partnerschaften, unabhängig von der geschlechtlichen Konstellation. Dies schließt das Adoptionsrecht sowie die automatische Anerkennung der Elternschaft bei Geburt ein.

Gesellschaft

Bedingungsloses Grundeinkommen

Wir betrachten die Einführung eines existenzsichernden Grundeinkommens (BGE) als wichtigen Beitrag zur Lösung drängender sozialer Probleme. Durch die Einführung des BGE erhält jeder Bürger Deutschlands eine finanzielle Grundlage, die es ihm ermöglicht, sich frei von Existenzängsten zu verwirklichen. Damit begegnen wir nicht nur Armut als solcher, sondern können auch Folgeerscheinungen wie Existenzängste, soziale Isolation oder Kriminalität verringern. Arbeitslose hätten weniger mit Bürokratie, Sanktionen und Stigmatisierung zu kämpfen. Die Einführung soll schrittweise erfolgen, um Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und beheben zu können. Das BGE kann auch einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Wandel der Arbeitswelt durch Trends wie Automatisierung und Digitalisierung sozialverträglicher zu gestalten.

Inklusion

Eine humanistische Gesellschaft fördert Menschen auf Grundlage ihrer Möglichkeiten und bietet jeder einzelnen Person Teilhabe und Chancengleichheit, unabhängig von sozialen, ökonomischen oder biologischen Voraussetzungen. Wir setzen uns daher für eine konsequente Umsetzung der Inklusion am Arbeitsplatz, beim Wohnen und in der Freizeit ein. Wir wollen Unternehmen mit Beratungsangeboten in ihren Bemühungen zur Inklusion unterstützen und parallel den Zugang zu Hilfen für Personen mit Behinderung vereinfachen und entbürokratisieren. Weiterhin setzen wir uns für eine faire Entlohnung insbesondere in Werkstätten für Menschen mit Behinderung ein. Auch der Staat sollte eine Vorbildfunktion einnehmen und sämtliche, staatlich finanzierten Angebote barrierefrei zugänglich machen.

Bekämpfung der Obdachlosigkeit

Das Recht auf Wohnen ist ein Menschenrecht. Doch gerade Menschen in prekären Lebenslagen wie Armut oder Obdachlosigkeit können sich angemessene Räumlichkeiten häufig nicht leisten. Wir möchten deshalb flächendeckend Housing-First-Projekte, bei welchen Betroffene unbefristet mit einem eigenen Mietvertrag in Wohnraum untergebracht und professionell betreut werden, unterstützen und ausweiten.

Forderungen

- ✓ Stärkung der Kinder- und Jugendförderung
- ✓ Einführung des Wahlrechts ab 16 für die Abgeordnetenhaus-Wahl
- ✓ Unterstützung alternativer Familienmodelle
- ✓ Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens
- ✓ Förderung der Inklusion
- ✓ Ausweitung von Housing-First-Projekten

BILDUNG

Gute Bildung war nie wichtiger als heute. Eine umfassende Bildung ist Voraussetzung, um die Chancen unserer Zeit nutzen zu können und in einer immer komplexer werdenden Welt mit immer neuen Herausforderungen bestehen zu können. Bildung befähigt Menschen dazu, ihr volles Potential zu entfalten und das Leben nach ihren eigenen Wünschen zu gestalten. Unter Bildung verstehen wir dabei nicht nur die Aneignung von Fakten- und Methodenwissen, sondern auch die Entwicklung der Persönlichkeit in psychischer, sozialer und kultureller Hinsicht. Leider rangiert Berlin in Sachen Bildung seit Jahren auf den hinteren Rängen im Ländervergleich. Es wird **Z e i t**, unserer Stadt hier endlich auf die Sprünge zu helfen und sie fit für die Zukunft zu machen. Wir setzen uns für ein Bildungssystem ein, das es den jungen Menschen ermöglicht, sich frei von dogmatischen und ideologischen Einflüssen zu selbstständigen und selbstbestimmten Individuen zu entwickeln.



Rahmenbedingungen

Individualisierung

Wir setzen uns für eine Individualisierung des Bildungspfades ein, damit Lernende ihren persönlichen Weg frei wählen und auf diesem optimal gefördert werden können. Unser Ziel ist es, lebenslanges Lernen zu ermöglichen. Die staatlich geförderte Bildung soll deshalb weitestgehend kostenlos für alle Lernenden sein. Individuelle Beratungs- und Unterstützungsangebote wie Ganztagsangebote und Nachhilfefinanzierung für Schüler sollen zugänglicher gemacht und ausgebaut werden.

Politischer Rahmen

Die Basis für Bildungsreform-Konzepte sollten stets die wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der didaktischen Forschung bilden. Mit der Umsetzung dieser didaktischen Konzepte dürfen Schulen und Lehrkräfte nicht allein gelassen werden. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie muss praxistaugliche Konzepte und Handlungsrahmen vorlegen, die den Schulen einerseits eine verlässliche Struktur geben, ihnen jedoch gleichzeitig genügend Spielraum für die individuelle Profilentwicklung lassen.

Europaweites Bildungskonzept

Unser Ziel ist es, einheitliche Bildungsstandards zunächst auf nationaler und langfristig auch auf europäischer Ebene zu etablieren. Hierdurch wird unter anderem die Vergleichbarkeit von Kompetenzen und Abschlüssen erhöht. Um dieses Ziel voranzubringen, unterstützen wir beispielsweise europäische Schülerprojekte und das Konzept der Staatlichen Europa-Schule Berlin.

Lehre

Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte

Die Qualität der Lehre hängt wesentlich von den Fähigkeiten der Lehrer ab. Hohe Standards in der Ausbildung des Lehr- und Erziehungspersonals müssen deshalb garantiert werden.

Mit zunehmender Digitalisierung im Unterricht entstehen neue Anforderungen durch anspruchsvolle Technologien wie interaktive Whiteboards oder digitale Unterrichtsplattformen, die nicht nur ältere Lehrer häufig überfordern. Verpflichtende Aus- und Fortbildung in digitalen Technologien und Konzepten muss die gestiegenen Anforderungen widerspiegeln. Zudem muss es weitere Angebote zur freiwilligen Fortbildung geben.

Entlastung der Lehrkräfte

Ein zentraler Faktor ist auch die Zeit, welche Lehrer effektiv in Vor- und Nachbereitungen investieren können. Lehrkräfte verbringen einen stetig steigenden Teil ihrer Arbeitszeit mit Verwaltungsaufgaben. Hinzu kommt, dass Lehrer aufgrund unzureichender professioneller Unterstützung häufig in Bereichen wie der IT tätig werden müssen, für die sie teilweise nicht ausgebildet sind. All dies belastet die Psyche der Lehrer und die Qualität der Lehre. Sie benötigen daher eine Entlastung, etwa durch reduzierten Verwaltungsaufwand sowie eine zeitgemäße Anpassung des Aufgabenfeldes und Arbeitstages. Auf diesem Wege möchten wir auch der sinkenden Attraktivität des Berufsstands und der anhaltenden Flucht aus dem Lehrberuf entgegenwirken.

Digitale Bildungsinfrastruktur

Notwendigkeit

Durch die Corona-Pandemie wurde besonders deutlich, wie sehr eine digitale Infrastruktur im Bildungsbereich benötigt wird und wie wenig diese vorhanden ist. Es hat sich gezeigt, dass

viele Schüler zu Hause nur unzureichende Lernmöglichkeiten haben. Wir setzen uns deshalb für einen deutlichen Ausbau der digitalen Infrastruktur, auch in Bezug auf die Endgeräte, ein. Dies gibt den Schülern zudem langfristig die Möglichkeit, frei über den Ort und die Art des Lernens zu entscheiden und für sich selbst eine optimale Lernumgebung zu schaffen.

Maßnahmen

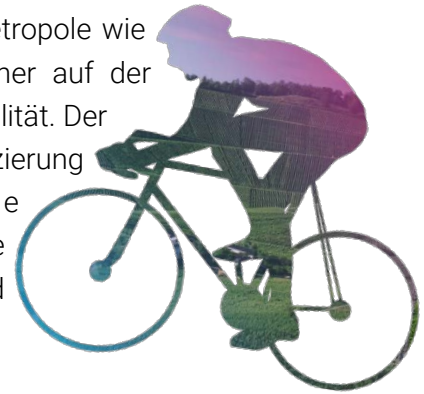
Grundvoraussetzungen für digitale Bildungskonzepte sind eine konsequente Breitband-Anbindung an Bildungseinrichtungen sowie eine flächendeckende Bereitstellung von Hard- und Software. Letzteres umfasst neben der Nutzung vor Ort auch die Möglichkeiten zur Ausleihe von Endgeräten. Die Aus- und Fortbildung der Lehrer in der Anwendung digitaler Technologien und Konzepte muss hierfür gewährleistet und IT-Fachpersonal zur professionellen Unterstützung eingestellt werden.

Forderungen

- ✓ Bessere Möglichkeiten zur individuellen Förderung der Schüler
- ✓ Ausbau von Ganztagsangeboten und Beratungsmöglichkeiten
- ✓ Weitestgehend kostenlose Bildung
- ✓ Bildungsreform auf wissenschaftlicher Basis
- ✓ Reduzierung der Verwaltungsarbeit der Lehrkräfte
- ✓ Breitband-Internet und moderne technische Ausstattung an jeder Schule
- ✓ Weiterbildungen für Lehrer zum Umgang mit moderner Technik
- ✓ Einstellung von IT-Fachpersonal an Schulen

VERKEHR UND MOBILITÄT

Der Transport von Gütern und Personen ist in einer Millionenmetropole wie Berlin ein besonders wichtiges Thema. Unser Fokus liegt daher auf der Förderung eines emissionsarmen Verkehrs und einer hohen Mobilität. Der Weg dorthin führt über eine Verkehrswende und eine Diversifizierung der Transportmittel. Gesellschaftliche und ökologische Entwicklungen stellen den Verkehrssektor vor große Herausforderungen, die sachlich und vorausschauend angegangen werden müssen.



Verkehrswende

Defossilisierung

Der auf fossilen Energieträgern basierende Verkehrssektor trägt entscheidend zum menschengemachten Klimawandel bei. Wir müssen daher Möglichkeiten finden, den Mobilitätssektor CO₂-neutral zu gestalten. Für den motorisierten Personen- und Güterverkehr müssen weiter klimafreundliche Antriebsarten und Energiequellen erforscht und gefördert werden. Im innerstädtischen Bereich muss zudem ein Wechsel auf andere Mobilitätsformen wie den Radverkehr oder den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) attraktiv gestaltet werden. Um die Elektrifizierung der Fahrzeugflotten voran zu bringen, muss die Ladeinfrastruktur flächendeckend ausgebaut werden und vor allem dort verfügbar sein, wo Fahrzeuge längere Zeit abgestellt werden wie in Parkhäusern und vor Supermärkten.

Radwege

Ein Umstieg auf alternative Mobilitätsformen abseits des motorisierten Verkehrs ist ebenfalls Bestandteil einer nachhaltigen Mobilitätswende. Neben dem ÖPNV müssen vor allem die Radwegenetze sicherer ausgestaltet und besser vernetzt werden. Der 2020 eingeschlagene Weg der verstärkten Errichtung von Pop-up-Radwegen, die später baulich von Autospuren getrennt werden sollen, sollte konsequent fortgesetzt werden. Hierfür müssen nachvollziehbare juristische Grundlagen geschaffen werden. Auch die Errichtung eines Radschnellwegenetzes zwischen den großen Bezirkszentren wäre eine wichtige Maßnahme, um den Umstieg vom Auto auf das Fahrrad zu fördern.

Logistik

Für eine nachhaltige Mobilität spielt auch die Paketlogistik eine große Rolle. Um die Emissionen zu reduzieren und die urbanen Zentren zu entlasten, wollen wir in Berlin City-Hub-Projekte fördern. Über dezentrale Mikrodepots am Stadtrand können Pakete auf der letzten Meile umweltfreundlich per Lastenrad zugestellt werden. Darüber hinaus wollen wir die Erforschung und gegebenenfalls Umsetzung innovativer Logistik-Konzepte wie autonome Logistiksysteme oder Lieferdrohnen fördern.

Mobilität

Menschengerechte Stadt

Metropolen wie Berlin werden durch ein erhöhtes Aufkommen des motorisierten Individualverkehrs und überlappender Mobilitätsformen zunehmend belastet. Es entstehen Konfliktzonen und Unfallschwerpunkte. Wir wollen Berlin deshalb zu einer klimafreundlichen, lebenswerten und zukunftsfähigen „Smart City“ entwickeln, in welcher sich Fußgänger, Radfahrer sowie Menschen mit Handicap sicher bewegen können. Hierzu gehört auch ein vollständig barrierefreier Ausbau des bestehenden ÖPNVs. Wir wollen eine Stadt gestalten, die zum Großteil fußläufig erlebbar ist, ergänzt durch einen multimodalen Mobilitätsmix aus Tram, S-Bahn, Fahrrad und anderen umweltfreundlichen Fortbewegungsmitteln. Vor allem innerhalb des S-Bahn-Rings sind zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Verbesserung der Lebensqualität Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung umzusetzen. Als Alternative zum eigenen Auto sollen zudem Carsharing-Angebote gefördert werden. Hierdurch freiwerdende Verkehrs- und Parkflächen können anderen Verkehrsteilnehmern zugutekommen oder für Stadtgestaltungsprojekte genutzt werden. Das Konzept der autozentrierten Stadt hat aus unserer Sicht ausgedient.



Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs

Der öffentliche Nahverkehr muss weiter ausgebaut und besser vernetzt werden. Neben der Schließung von Lücken im Liniennetz gilt das insbesondere für die Anbindung der Randbezirke und des direkten Umlands an die Stadtmitte. Diese lässt sich auch durch die weitere Reaktivierung stillgelegter S- und Regionalbahnstrecken sowie dem konsequenten zweigleisigen Ausbau der S-Bahn-Strecken unterstützen. Wenn konventionelle Anbindungskonzepte keine ausreichende Abdeckung garantieren, befürworten wir flexible Mobilitätskonzepte wie Rufbusse. Bei allen potenziellen Strecken muss ein langfristiger Planungshorizont auch die stetige Zunahme der Fahrgastzahlen berücksichtigen. Dabei sind Transportmittel wie U-Bahn und Tram nicht ideologisch gegeneinander auszuspielen, sondern

entsprechend ihrer Vorteile zu kombinieren. Insbesondere bevölkerungsreiche Quartiere wie z.B. Spandau, brauchen eine bessere Erschließung durch das Schienennetz, um das komplexe Busnetz zu entlasten.

Forderungen

- ✓ Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und der Carsharing-Angebote
- ✓ Förderung der Forschung an alternativen Antrieben und innovativer Logistikkonzepte
- ✓ Beschleunigter Ausbau des Radwegenetzes
- ✓ Ausbau des schienengebunden öffentlichen Nahverkehrs und Reaktivierung stillgelegter S-Bahnstrecken
- ✓ Zweigleisiger Ausbau bestehender S-Bahnstrecken
- ✓ Bessere Anbindung des Stadtrands und des Berliner Umlands
- ✓ Verkehrsberuhigung innerhalb des S-Bahn-Rings
- ✓ Förderung multimodaler Mobilität

DIGITALPOLITIK

In einer modernen und lebendigen Großstadt wie Berlin stellen sich mit Blick auf die Digitalisierung besonders hohe Anforderungen an Bereiche wie Verwaltung, Bildungs- und Gesundheitswesen. Die Digitalisierung dieser Bereiche hilft Berlin, diese Leistungen heute und in Zukunft effektiv zu erbringen. Dabei ist Digitalisierung kein einmaliger Vorgang, sondern bedarf einer kontinuierlichen Weiterentwicklung, um den immer neuen Anforderungen einer dynamischen Gesellschaft gerecht zu werden. Diese Kontinuität ist nur mit vorausschauender Planung und effektiver Umsetzung möglich. Die Notwendigkeit der Digitalisierung wurde in Berlin vor einigen Jahren endlich erkannt und darauf bereits mit sinnvollen Gesetzen reagiert. An einer zufriedenstellenden Umsetzung sind die Senatsverwaltung und die ihr angegliederten Behörden bislang jedoch gescheitert.



Verwaltung

Digitale Rechte

Berlin ist Mitglied des Netzwerks „Cities Coalition for Digital Rights“, das weltweit über 50 Großstädte umfasst und in welchem sich die Partnerstädte gegenseitig bei einer auf digitalen Rechten basierenden Politikgestaltung unterstützen. Die Stadt bekennt sich damit zu dem Ziel, ihre Bürger sowohl offline als auch online zu schützen. Daran wollen auch wir festhalten und sehen es als wichtige Grundlage der Digitalisierung. Die Verlagerung von Verwaltung, Bildung und Gesundheit ins Digitale sowie die zunehmende Bereitstellung wichtiger Angebote und Informationen über das Internet machen es erforderlich, dass jeder Bürger über Internetzugang verfügt und den Umgang damit beherrscht. Der Staat muss dabei für die Sicherheit, den Schutz der Privatsphäre und Transparenz sorgen. Mit fortschreitender Digitalisierung müssen beim Einsatz moderner Technologien wie der künstlichen Intelligenz zudem ethische Grundsätze berücksichtigt werden, um systematische Benachteiligung zu verhindern. Die digitale Vernetzung hat aber auch das Potenzial, den Bürgern mehr gesellschaftliche und demokratische Partizipation zu ermöglichen. Dafür müssen den Bürgern Online-Plattformen bereitgestellt werden, die ihnen dies schnell und effektiv erlauben.

E-Government

2016 wurde das E-Government-Gesetz beschlossen, welches zum Ziel hatte, die Berliner Verwaltung zu digitalisieren. Wäre das Gesetz wie geplant umgesetzt worden, wäre dies tatsächlich ein großer Fortschritt gewesen. Die Umsetzung kommt jedoch nur äußerst

schleppend voran. So ist es beispielsweise bislang keiner einzigen Behörde gelungen, die geplante Übertragung des IT-Betriebs an das hierfür eingerichtete und für die Digitalisierung der Verwaltung zuständige IT-Dienstleistungszentrum Berlin vollständig abzuschließen. Es fehlen Daten über die bestehenden IT-Systeme und die für die Modernisierung benötigten Mittel. Selbst der 2016 begonnene Aufbau zur Steuerung dieses Prozesses ist organisatorisch und personell immer noch nicht abgeschlossen. Angesichts der Tatsache, dass bisher erst ein kleiner Teil der Verwaltungsdienste digitalisiert wurde, ist es fraglich, ob Berlin die gesetzlichen Vorgaben bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes noch einhalten können wird. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Trotz Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) kommt es nach wie vor zu Beschwerden über Verstöße im Umgang mit personenbezogenen Daten in Berliner Behörden. Die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Datenschutzes muss bei der Umsetzung der Digitalisierung oberste Priorität haben. Die besondere Schutzwürdigkeit personenbezogener Daten darf auch durch staatliche Einrichtungen nicht verletzt werden.

Die Digitalisierung ist keine Aufgabe, die nebenher erledigt werden kann und wird in Zukunft weiter an Bedeutung und Komplexität zunehmen. Bereits jetzt existieren hunderte Digitalisierungsprojekte, die von verschiedenen Senatsverwaltungen initiiert wurden. Um Digitalisierungsvorhaben effektiv, großflächig und mit Nachdruck umsetzen zu können, wollen wir eine neue Senatsverwaltung für Digitalisierung schaffen und die gestreuten Kompetenzen und Zuständigkeiten in diesem Ressort bündeln.

Digitalisierungsstrategie

Berlin ist Teil des Modellprojekts „Smart Cities“ und betreibt mit dem CityLAB Berlin ein Zentrum für die digitale Vernetzung von Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Startups. Die Ausarbeitung der Smart-City- und Digitalisierungsstrategien ist im Gange, Bürgerbeteiligungen sind dabei ebenfalls vorgesehen. All diese Projekte laufen über Jahre. Das verdeutlicht, dass frühzeitig die richtigen Weichen gestellt werden müssen, um der Komplexität der Digitalisierung gerecht zu werden.

Wir wollen Berlin zu einer echten Smart-City entwickeln und betrachten die Entwicklung einer Digitalisierungsstrategie nur als den Beginn eines fortlaufenden Projekts. Es liegt dabei in der besonderen Verantwortung der Politik, vorbeugende Maßnahmen zu treffen, damit aus zukünftigen Entwicklungen keine Massenüberwachung, unfreiwillige Vermarktung des Privatlebens oder eine übermäßige Abhängigkeit der Stadt von multinationalen Technologiekonzernen erwächst. Bei der Umsetzung von Smart-City-Lösungen sollen außerdem Kooperationen mit anderen Städten, insbesondere innerhalb der Europäischen Union, angestrebt werden, um Fehlinvestitionen zu vermeiden und Standards zu etablieren, von denen alle profitieren.

Bildung und Gesundheit

Schule

Als Grundvoraussetzung für digitale Bildungskonzepte müssen Bildungseinrichtungen konsequent mit Breitband-Internet ausgestattet und flächendeckend mit moderner Hard- und Software versorgt werden. Dies umfasst auch die Möglichkeit der Ausleihe von Endgeräten. Die Anwendung digitaler Technologien und Lernkonzepte sollte bei der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften berücksichtigt werden.

Unser Ziel ist außerdem, die klassische Schule um digitale Lerninhalte zu ergänzen und ins Digitale auszudehnen. Hierfür müssen den Schülern und Lehrern rechtssichere und datenschutzkonforme Kommunikationsräume bereitgestellt werden. Es braucht digitale Bibliotheken, in denen Lehrmaterialien frei verfügbar bereitgestellt und von den Schülern und Lehrern ohne urheberrechtliche Einschränkungen genutzt werden können. Digitale Lerninhalte und -konzepte müssen dabei stets dem aktuellen Stand der Wissenschaft folgen und von dieser begleitet werden.

Das Potential digitaler Lehre ermöglicht es Schülern und Lehrern auch, international zu kooperieren. Dabei erhalten die Schüler nicht nur Zugang zu einem breiteren Lernangebot, sondern können durch den internationalen Austausch mit anderen Schülern auch ihre internationalen und interkulturellen Kompetenzen stärken. Hierfür benötigen die Schulen eine entsprechende Kommunikationsausstattung. Digitale Schule muss dabei auch bereits für Erstklässler zugänglich sein.

Forschung

Mit der Open-Access-Strategie unternahm Berlin im Bereich der Bildung und Forschung einen begrüßenswerten Schritt bei der Digitalisierung. Wir unterstützen es, dass mit öffentlichen Geldern gewonnene Erkenntnisse in wissenschaftlichen Publikationen sowie Forschungs- und Kulturdaten frei zugänglich gemacht werden und wollen diesen Prozess weiterführen. Ebenso begrüßen wir die Berlin University Alliance, die das Ziel eines sogenannten integrierten Forschungsraums, in welchem die Berliner Forschungslandschaft verknüpft ist, verfolgt. Diese Ziele gilt es zügig umzusetzen und mit ausreichenden Mitteln zu fördern. Darüber hinaus wollen wir Investitionen im Bereich des Quantencomputing evaluieren.

Gesundheitswesen

Im Gesundheitswesen hat der Bund 2020 ein weiteres Gesetz zur Modernisierung der Versorgung und Pflege sowie dem Ausbau der Telemedizin und der Telematik-Infrastruktur

verabschiedet. Damit wurden auch elektronische Rezepte und die digitale Patientenakte eingeführt. Es ist wichtig, die Ärzteschaft bei der Umsetzung der Digitalisierung im Gesundheitswesen zu unterstützen. Berlin sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen, bestehende Mängel beim Datenschutz zu beheben.

Angesichts des demographischen Wandels kann die Digitalisierung zudem einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Pflegekräfte zu entlasten sowie Pflegebedürftigen mehr und längere Selbstständigkeit zu gewähren. Initiativen zur Digitalisierung der Pflege wollen wir daher fördern.

Apps

Die Corona-Warn-App war in der Pandemie für viele Bürger der erste Kontakt mit einer Gesundheitsapp, die noch dazu durch eine staatliche Stelle herausgegeben wurde. Der Markt der Gesundheits-Apps wird in den kommenden Jahren noch deutlich wachsen. Um sensible Patientendaten zu schützen, muss daher bei der Freigabe neuer Applikationen für die Anwendung im Gesundheitswesen auf die Einhaltung hoher Datenschutzanforderungen geachtet werden.

Infrastruktur

Gigabit-Strategie

Die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie das hierfür geschaffene Breitband-Kompetenz-Team Berlin arbeiten an einer „Gigabit-Strategie“ für den Netzausbau. Bürger und Unternehmen können über das „Berliner Breitband Portal“ Bedarf anmelden. Die Grundversorgung ist in den meisten Haushalten bereits solide. Allerdings gibt es weiterhin unterversorgte Gebiete. Um die Zukunftsfähigkeit des Standorts Berlin für Unternehmen, Forschung und Bürger auch langfristig zu erhalten, ist eine deutliche Steigerung der Kapazitäten erforderlich. Der Ausbau des Glasfasernetzes ist hierzu unerlässlich.

Netzausbau und Zukunftstechnologien

Für eine erfolgreiche Digitalisierung muss der Breitbandausbau möglichst schnell vorangetrieben werden. Internetzugang ist inzwischen eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Dort, wo der marktgetriebene Breitbandausbau nicht die notwendige Versorgung schafft, muss die Politik aktiv werden. Das Schaffen neuer Infrastruktur ist in einem verdichteten Raum wie Berlin anspruchsvoll und muss sorgfältig, beispielsweise mit der Wasser-, Gas- und Stromversorgung sowie mit dem Tiefbau, abgestimmt werden. Wir wollen diesen Prozess effektiver gestalten und gleichzeitig bürokratische Hürden abbauen. Um die Bemühungen zu

koordinieren und klare Zuständigkeiten zu definieren, fordern wir die Schaffung einer eigenen Senatsverwaltung für Digitalisierung. Die jüngste Novelle des Telekommunikationsgesetzes hat durch unnötig komplexe Regelungen stellenweise sogar zu einer Verschlechterung beim Netzausbau geführt. Berlin sollte sich auf Bundesebene daher für Nachbesserungen einsetzen.

Es gibt in Berlin über 10.000 kostenfreie WLAN-Spots diverser Anbieter. Über das große Stadtgebiet Berlins verteilt ist dies aber nur Tropfen auf den heißen Stein. Wir fordern den weiteren Ausbau des städtischen WLAN-Netzes. Zudem muss der stockende Ausbau des Mobilfunkempfangs in U-Bahnen beschleunigt werden, um diesen nicht nur an den U-Bahnhöfen zu ermöglichen und die Attraktivität des ÖPNV zu erhöhen.

Als Standort für Forschung und Innovation muss Berlin beim digitalen Ausbau auch selbst in Zukunftstechnologien investieren. So sollte beispielsweise in Vorausschau auf das autonome Fahren weiter in die Infrastruktur für drahtlose Hochgeschwindigkeitskommunikation investiert werden.

Durch Digitalisierung können Prozesse effizienter und letztlich ressourcenschonender werden. Doch auch für die fortschreitende Digitalisierung selbst werden Ressourcen für den Ausbau und Betrieb entsprechender Infrastruktur verbraucht. Ebenso wichtig wie der Einsatz innovativer Technologien ist daher, bei Investitionen auf möglichst nachhaltige Lösungen zu setzen.

Forderungen

- ✓ Schnellere Umsetzung bisher verfehlter Ziele zur Modernisierung der IT
- ✓ Schnellstmöglicher Ausbau der Online-Dienstleistungen der Behörden
- ✓ Einführung effektiver Maßnahmen zur Umsetzung des gesetzlichen Datenschutzes in der Verwaltung
- ✓ Schaffung einer Senatsverwaltung für Digitalisierung
- ✓ Beschleunigte Entwicklung der Digitalisierungsstrategie
- ✓ Ausbau der Open-Access-Strategie und Vernetzung der Berliner Forschungslandschaft
- ✓ Bürokratieabbau beim Breitbandausbau
- ✓ Weiterer Ausbau des städtischen WLAN-Netzes
- ✓ Investitionen in Zukunftstechnologien am Innovationsstandort Berlin
- ✓ Nachhaltige Umsetzung der Digitalisierung

GESUNDHEIT UND MEDIZIN

Gesundheit ist ein Menschenrecht und bildet die Grundlage für ein glückliches und selbstbestimmtes Miteinander. Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem nimmt daher einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft ein, wie auch Umfragen bestätigen. Allerdings hat sich in den letzten Jahrzehnten, verstärkt durch die Pandemie, eindrücklich gezeigt, dass unser Gesundheitswesen diesen Ansprüchen nicht immer gerecht wird. Deshalb fordern wir umfassende Reformen hin zu einer humanistischen Gesundheitspolitik, die Selbstbestimmung und das Wohlergehen des Menschen in den Mittelpunkt stellt.



Strukturelle Ansätze

Organspende

Jeden Tag sterben in Deutschland drei Menschen, während sie auf ein Spenderorgan warten. Um den Organmangel zu verringern, setzen wir uns für die Widerspruchslösung ein, bei der eine Organspende grundsätzlich möglich ist, sofern ihr nicht ausdrücklich widersprochen wurde. Diese Regelung wird in den meisten europäischen Ländern bereits erfolgreich angewandt und Studien zeigen, dass damit auch in Deutschland viele Leben gerettet werden könnten.

Pflegenotstand

Der Pflegenotstand ist eines der drängendsten gesundheitspolitischen Probleme in Deutschland. Es fehlen bundesweit aktuell bereits über 100.000 Pflegekräfte, mit steigender Tendenz. Statt Pflegekräfte nur zu beklatschen, muss der Pflegeberuf endlich attraktiver gestaltet werden. Um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern, setzen wir uns deshalb für einheitliche Tarifverträge und verbindliche Pflegeschlüssel ein. Vergütung und Wertschätzung des Pflegeberufs wollen wir durch eine Fortführung der Akademisierung und Weiterqualifizierungsmöglichkeiten mit echten Aufstiegschancen verbessern. Um die Interessenvertretung von Pflegenden zu stärken, fordern wir das Einsetzen einer Berliner Landespflegekammer, nach dem Vorbild der Ärztekammern und die Berufung von Pflegenden in entscheidende Gremien.

Prävention

Um bereits das Aufkommen von Krankheiten zu verhindern, müssen Programme zur Prävention und Gesundheitsförderung massiv ausgebaut werden. Dazu gehören auch Maßnahmen, die die Verbreitung von Infektionskrankheiten eindämmen. Besonders in einkommensschwachen Bezirken, in denen das Erkrankungsrisiko durch soziale und räumliche Gegebenheiten signifikant erhöht ist, müssen deutlich mehr Ressourcen bereitgestellt werden. Die Möglichkeiten zur Vorsorge erstrecken sich dabei über alle gesellschaftlichen Bereiche von schulischer Gesundheitsbildung über Arbeitsschutz bis hin zum Verbraucherschutz. Das verbessert nicht nur die Lebensqualität aller, sondern entlastet auch das Gesundheitssystem.

Sichere und solidarische Versorgung

„Zwei-Klassen-Medizin“

Noch immer existiert eine „Zwei-Klassen-Medizin“ mit gravierenden Unterschieden zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung. Der Zugang zu medizinischer Versorgung darf jedoch nicht vom Einkommen abhängen. Deshalb setzen wir uns für die Abschaffung des dualen Systems und die Einführung einer einheitlichen solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung ein.

„Superkrankenhäuser“

In der stationären Versorgung von seltenen und komplexen Verletzungen und Krankheiten muss Versorgungsqualität Vorrang vor Wohnortnähe haben. Deshalb unterstützen wir die Konzentration von technischem Equipment und besonderer Expertise in Superkrankenhäusern und fordern eine Ausweitung der staatlichen Investitionen in solche spezialisierten Versorgungszentren. Hier kommt der Charité als international anerkanntes Universitätsklinikum mit ausgezeichneter Forschung und Lehre eine besondere Aufgabe und Verantwortung für die Region Berlin und Brandenburg zu.

Versorgungsmangel

In einigen Bezirken Berlins besteht ein anhaltender Versorgungsmangel. Viele Hausarztpraxen nehmen keine neuen Patienten mehr auf, bei Fachärzten und Psychotherapeuten mit Kassenzulassung sind oft über Monate keine Termine verfügbar. Um dem Bedarf besser gerecht zu werden, wollen wir Konzepte ausweiten, die über finanzielle Anreize ärztliche Niederlassungen in betroffenen Bezirken fördern. Außerdem wird die bisherige Bedarfsplanung

der kassenärztlichen Vereinigung regionalen Unterschieden innerhalb des Stadtgebietes durch Versorgungsbedarf und Anzahl der Niederlassungen nicht gerecht. Deshalb fordern wir eine differenziertere und realistischere Planung der Kassensitze.

Mein Körper, meine Entscheidung

Sterbehilfe

Die Partei der Humanisten ist der Selbstbestimmung des Menschen verpflichtet. Um jedem ein Lebensende in Würde zu ermöglichen, fordern wir die Legalisierung der passiven und aktiven Sterbehilfe. Im Fall einer vorliegenden eindeutigen Willensbekundung wie einer Patientenverfügung muss bei Verzicht auf lebenserhaltende Maßnahmen Straffreiheit und Rechtssicherheit für medizinisches Personal gewährleistet werden. Äußert ein Mensch frei von äußeren Zwängen und unbeeinflusst durch z.B. akute psychische Erkrankungen eindeutig und wiederholt den Wunsch zu sterben, sollte der Patientenwille respektiert und das Bereitstellen und Verabreichen eines tödlichen Mittels durch fachärztliches Personal für einen sanften Suizid legalisiert werden.

Abtreibung

Wir fordern, das Abtreibungsgesetz zu liberalisieren und § 218 und § 219a aus dem Strafrecht zu streichen. Der freie Zugang zu Informationen über Schwangerschaftsabbrüche darf nicht durch das Werbeverbot unter Strafe gestellt werden. Eine Pflichtberatung, die aktuell mit dem Ziel durchgeführt wird die Schwangere zur Fortführung der Schwangerschaft zu bewegen, lehnen wir ausdrücklich ab. Beratungsangebote sollten auf freiwilliger Basis erfolgen. Um Elternschaft zum Wunschzeitpunkt zu ermöglichen, fordern wir mehr schulische Aufklärung und verbesserten Zugang zu Verhütungsmitteln.

Kindeswohl

Kinder stehen unter besonderem Schutz. Sie haben ein Recht auf körperliche Unversehrtheit, weshalb ihnen keine medizinisch unnötigen Eingriffe, auch nicht aus religiösen Gründen, aufgezwungen werden dürfen. Deshalb fordern wir, den § 1631d BGB über Beschneidung an nicht-einwilligungsfähigen Jungen ohne medizinische Indikation und Beschneidung durch nicht medizinisch geschultes Personal zu streichen und den § 226a StGB, der Genitalverstümmelung bei Frauen unter Strafe stellt, auf alle Geschlechter auszuweiten. Grundsätzlich sollten Kindern durch eine Anwendung alternativmedizinischer Methoden keine wirksamen Therapien vorenthalten werden. Entsprechende Vergehen müssen verfolgt werden, bevor Kinder vermeidbare Schäden davontragen.

Moderne Medizin

Digitalisierung

Für eine effiziente Gesundheitsversorgung wollen wir die Digitalisierung im Gesundheitswesen stärker vorantreiben. Dafür braucht es eine Digitalisierungsstrategie, die neue Versorgungswege wie Videosprechstunden, Online-Terminvergaben und Online-Apotheken sowie optimierte Prozesse durch einen vereinfachten und verlustfreien Austausch von Daten im Rahmen der elektronischen Patientenakte und des elektronischen Rezepts fördert. Außerdem unterstützen wir die Anwendung von medizinischen Apps als digitale Begleitung bei chronischen Krankheiten. Wir betrachten die Digitalisierung als eine Chance, die Lebensqualität pflegebedürftiger Menschen zu verbessern, ihnen einen längeren selbstbestimmten und sicheren Verbleib in der Häuslichkeit zu ermöglichen und die Pflegekräfte informell sowie professionell zu entlasten.

Patientendaten

Die Digitalisierung sehen wir auch als Chance für die medizinische Forschung. Die Verwendung anonymisierter Patientendaten zu Forschungszwecken, selbstverständlich nach Einwilligung, sollte vereinfacht werden, um die Erforschung von Krankheiten zu beschleunigen. Ein dadurch verbessertes Verständnis von Diagnostik und Behandlung könnte individuellere Behandlungsmöglichkeiten im Rahmen der personalisierten Medizin fördern und so die medizinische Versorgung signifikant verbessern. Um den immer komplexer werdenden Therapien gerecht zu werden, wollen wir außerdem den Einsatz moderner Software und künstlicher Intelligenz in der Medizin zur Unterstützung ärztlicher Entscheidungen fördern. Dabei ist Rechtssicherheit essentiell. Deshalb setzen wir uns für klare Regularien bezüglich Haftung und Datenschutz in diesen Bereichen ein.

Evidenzbasierte Medizin

Medizinische Behandlungen müssen sich auf Evidenz und belastbare wissenschaftliche Studien stützen. Sogenannte „Alternativmedizin“, die sich durch ihren esoterischen Charakter von der Naturheilkunde abhebt, lehnen wir als Pseudowissenschaften ab. Wir fordern, dass Krankenkassen ausschließlich evidenzbasierte Medizin mit wissenschaftlich nachgewiesener Wirksamkeit übernehmen dürfen. „Alternativmedizin“ kann privat finanziert oder versichert werden, darf jedoch nicht durch irreführende Werbung als medizinisch wirksam angeboten werden und muss entsprechend gekennzeichnet sein. Die Apothekenpflicht für homöopathische Mittel muss abgeschafft werden. Den Beruf des Heilpraktikers wollen wir in seiner jetzigen Form einschränken, da die weitverbreitete Anwendung pseudomedizinischer Verfahren und nicht-erforschter



Therapien von medizinisch unausgebildeten Personen eine Gefährdung für den Patienten darstellt.

Forderungen

- ✓ Behebung des Pflegenotstands durch bessere Arbeitsbedingungen und Fortbildungsmöglichkeiten
- ✓ Einführung einer einheitlichen solidarischen Pflege- und Krankenversicherung
- ✓ Ausbau spezialisierter Versorgungszentren zur Optimierung der Versorgungsqualität
- ✓ Förderung der Niederlassung von Ärzten und Therapeuten in unterversorgten Berliner Bezirken
- ✓ Ausbau digitaler Angebote wie Online-Sprechstunden und medizinischer Apps
- ✓ Vereinfachte Verwendung anonymisierter Patientendaten zu Forschungszwecken
- ✓ Keine Kassenübernahme pseudomedizinischer Verfahren
- ✓ Legalisierung der passiven und aktiven Sterbehilfe bei eindeutiger Willensbekundung
- ✓ Liberalisierung des Abtreibungsrechts
- ✓ Gewährleistung der körperlichen Unversehrtheit von Kindern

KULTUR

Kultur ist einer der Stützpfeiler einer humanistischen, aufgeklärten und freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Sie trägt maßgeblich zur persönlichen sowie zur gemeinschaftlichen Identität bei. Wir sehen Kunst als aktive kreative Ausdrucksform und passive ästhetische Erfahrung für eine lebendige Gesellschaft. Wir streben deshalb eine Stärkung des Kultursektors und niedrigschwellige Teilhabe am kulturellen Leben an.



Standort- und Wirtschaftsfaktor

Veranstaltungsszene

Berlin ist eine der kulturellen Metropolen Europas. Das vielfältige kreative Spektrum reicht von traditionsreichen Kultureinrichtungen bis hin zu progressiven, experimentierfreudigen Kunstformen: Museen, Galerien, Theater und Bühne, Oper, Musical, Tanz, Literatur, Film, Fashion, Straßenfeste, Street Art, Open-Air-Konzerte, Medien, freie Szene und Clubkultur. Die vielfältigen Einnahmen und Arbeitsplätze, die mit diesem Angebot einhergehen, sind ein stetig wachsender Wirtschaftsfaktor für Berlin.

Tourismus

Die Kunst- und Kulturszene ist jedes Jahr das Ziel von Millionen Besuchern aus aller Welt. Dieser Tourismus wiederum kommt weiteren Branchen wie der Gastronomie oder dem Hotelgewerbe zugute. Die Kunst- und Kulturszene ist somit auch ein wichtiger Standortfaktor für Berlin.

Maßnahmen

Schon vor der Pandemie gab es deutliche Anzeichen für unzureichende kulturelle Förderungen. Mit dieser steht jetzt ein sehr viel größerer Teil der kulturellen Szene vor dem finanziellen Aus, besonders freischaffende Kreative und private Kulturorte. Wir fordern deshalb rasche und breit gefächerte finanzielle Unterstützung und grundsätzlich mehr Aufmerksamkeit für die ökonomische und soziale Bedeutung der Kultur- und Kreativwirtschaft und ihrer Potenziale für Berlin.

Integration und Inklusion

Bedeutung

Die gesellschaftliche Bedeutung von Kunst und Kultur besteht auch in den vielfältigen Möglichkeiten für Integration und Inklusion und damit der Vorbeugung oder dem Abbau von sozialen Konflikten. Kulturangebote wie der Karneval der Kulturen oder die „Fête de la Musique“ bringen Menschen verschiedener sozialer Hintergründe zusammen und bieten niedrighschwellige Möglichkeiten des Austausches.

Erinnerungskultur

Kulturelle Angebote bieten auch die Möglichkeit, sich kritisch mit unserer Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die deutsche Geschichte bietet einschneidende Tiefpunkte, allerdings auch viele Höhepunkte in Diplomatie oder Wissenschaft. Wir unterstützen den Gedanken einer Erinnerungskultur durch den Erhalt und die Förderung der Berliner Kulturdenkmäler und historischer Stätten, welche die Geschichte unseres Landes repräsentieren. Sie ermöglichen es uns und zukünftigen Generationen, Positives zu wiederholen oder fortzusetzen und Negatives zu vermeiden.

Maßnahmen

Um diese vielfältigen kulturellen Aspekte möglichst allen Menschen zugänglich zu machen, fordern wir kostenreduzierten und barrierefreien Zugang zu Inhalten und Einrichtungen, die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden – auch in digitaler Form. Nach dem Vorbild Londons sollten etwa Einrichtungen der „Stiftung Preußischer Kulturbesitz“ kostenlos besucht werden können. Synergie-Effekte können zudem durch die Kooperation von Bildungseinrichtungen, Ateliers sowie Musik- und Jugendkunstschulen geschaffen werden.

Kulturförderung und Teilhabe

Bedeutung

Die Ausübung von und Mitwirkung an kulturellen Projekten ist ein wichtiger Aspekt für die individuelle Selbstverwirklichung. Grundsätzlich wollen wir Menschen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund dazu ermutigen und es ihnen ermöglichen, sich kulturell zu bilden oder selbst kreativ tätig zu werden. Wir fordern deshalb optimale Rahmenbedingungen für Kulturschaffende sowie die Stärkung der Kunst- und Kreativwirtschaft.

Maßnahmen

Wir möchten Kulturschaffende mittels einer verlässlichen finanziellen Grundlage darin unterstützen, ihre Werke der breiten Öffentlichkeit nahezubringen. Zu diesem Zweck möchten wir kreative Projekte und Freiräume wie Proberäume, Schreibwerkstätten, Veranstaltungsräume Galerien oder Graffiti-Wände, erhalten und fördern. Auch staatliche Einrichtungen, private Vereine und Stiftungen müssen eine erhöhte Förderung erfahren. Diese kulturelle Infrastruktur muss stadtplanerisch vorausschauend berücksichtigt werden.

Mitbestimmung

Die Auswahl der zu fördernden Kunst ist mit Vertretern der Kulturschaffenden abzustimmen. Damit Kultur gedeihen kann, sollte Politik lediglich den Rahmen vorgeben, ohne Inhalte oder Richtungen vorzugeben. Ob Experimente moderner Subkulturen, alte Werke, kleine Nachbarschaftsaktionen oder lange geplante Großprojekte: Sie alle bereichern unser Leben auf ihre Weise und sollten gleichberechtigt nebeneinanderstehen.

Forderungen

- ✓ Erhalt der kulturellen Vielfalt Berlins als Standort- und Wirtschaftsfaktor
- ✓ Unterstützung beim Wiederaufbau der Berliner Kultur nach der Pandemie
- ✓ Kulturelle Teilhabe und Bildung für Menschen jeden Alters
- ✓ Kostenreduzierter und barrierefreier Zugang zu Einrichtungen und Inhalten, die mit öffentlichen Geldern finanziert wurden
- ✓ Erinnerungskultur als Voraussetzung für die kritische Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit
- ✓ Erhalt und Förderung kreativer Freiräume, Areale und Projekte
- ✓ Verbesserung der kulturellen Infrastruktur
- ✓ Kulturförderung in Abstimmung mit Vertretern der Kulturschaffenden

PSYCHOAKTIVE SUBSTANZEN

Legalisierung

Die Kriminalisierung der meisten psychoaktiven Substanzen verfehlt nicht nur das erklärte Ziel, den Konsum von psychoaktiven Substanzen zu reduzieren, sondern führt auch dazu, dass Konsum und Handel unkontrolliert und unreguliert stattfinden und keine Aufklärung des Konsumenten über die Substanzen erfolgt. Die Illegalität psychoaktiver Substanzen führt zu Beschaffungskriminalität und verhindert Prävention sowie die effiziente Behandlung Suchtkranker. Wir fordern daher, den Umgang mit psychoaktiven Substanzen grundsätzlich zu liberalisieren und entsprechend dem wissenschaftlichen Stand differenziert zu behandeln, zu regulieren und zu kontrollieren.



Prävention

Wir animieren nicht zum Drogenkonsum, sondern sprechen uns für die Ermächtigung zur Selbstbestimmung und den Schutz der Gesundheit von Konsumenten aus. Wir wollen die wissenschaftliche Forschung an psychoaktiven Substanzen fördern, um ihre Gesundheitsgefährdung und ihr Suchtpotential zu verstehen, aber auch ihre Potenziale, beispielsweise für die Psychotherapie, zu erschließen. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse müssen von kompetenten Stellen verständlich vermittelt werden. Dafür wollen wir unter anderem die Mittel der Fachstelle für Suchtprävention im Land Berlin und ähnlicher Einrichtungen aufstocken.

Forderungen

- ✓ Kontrollierte Legalisierung psychoaktiver Substanzen
- ✓ Differenzierte Regulierung
- ✓ Hilfe für Konsumenten durch Prävention und Suchtbehandlung

INNERE SICHERHEIT

Polizei und Überwachung sind insbesondere in Berlin mit seinen vielen sozialen Brennpunkten sensible Themen. Die Partei der Humanisten möchte die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten, ohne jedoch Freiheiten unnötig einzuschränken. Dafür sind gut ausgestattete und ausgebildete Sicherheitsbehörden sowie ein sinnvoller juristischer Rahmen, in welchem Polizei und Bevölkerung einander auf Augenhöhe begegnen können, notwendig.

Polizei

Verantwortung

Polizisten vertreten in Deutschland, notfalls auch mit Waffengewalt, die Exekutive und tragen deshalb eine besondere Verantwortung. Dieser Anspruch an das Verantwortungsbewusstsein muss sich bereits in der Ausbildung widerspiegeln und durch Sensibilisierung und Deeskalationstraining gestärkt werden. Um individuelles Fehlverhalten ahnden zu können, setzen wir uns für eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht und die Überprüfung der strafrechtlich relevanten Verdachtsfälle durch eine unabhängige Dienststelle ein. Als klares Ausschlusskriterium für die Vertretung eines freiheitlich-demokratischen Staates sehen wir politischen oder religiösen Extremismus. Insbesondere rechtsextreme Netzwerke stellen hier eine systematische Gefahr für die Professionalität der Polizei dar und müssen konsequent verfolgt werden.

Ausrüstung

Eine umfassende technische Erneuerung der Ausrüstung sowie entsprechende Ausbildung der Sicherheitsbehörden ist notwendig, um mit dem technischen Fortschritt und den sich daraus ergebenden kriminellen Möglichkeiten Schritt zu halten. Im digitalen Bereich gehören beispielsweise Cyber-Terrorismus oder die Tatvorbereitungen im Darknet dazu. Für den Außendienst sprechen wir uns für Bodycams aus, wobei klare Richtlinien zu ihrer Verwendung definiert werden müssen. Verstöße müssen mit Nachdruck verfolgt werden. Einem verantwortungsbewussten und sachgemäßen Einsatz von Elektroimpulsgeräten zur gezielten Deeskalation statt stumpfer Gewalt durch Schlagstöcke oder dem häufig tödlichen Einsatz von Schusswaffen stehen wir offen gegenüber. Es bedarf aber strikter Regeln, wann dies zulässig ist. Die Bewaffnung der Polizei mit Panzern, Handgranaten oder vergleichbarem Kriegsgerät lehnen wir strikt ab.

Als Partei des Fortschritts und der Innovation befürworten wir die Erprobung neuartiger Ausrüstung wie z.B. Brillen mit Fahndungstechnologie im Streifendienst. Außerdem wollen wir die Ausstattung der Streifenbeamten mit modernen Fahndungshilfen vorantreiben.

Bürger

Überwachung

Der Nutzen der Videoüberwachung ist im Verhältnis zu den monetären und gesellschaftlichen Kosten wie dem anlasslosen Eingriff in Persönlichkeitsrechte niedriger zu gewichten. Eine allgemeine, anlassunabhängige Videoüberwachung lehnen wir deshalb zum Schutz von Persönlichkeitsrechten ab. Die Informationen von einer schwerpunktmäßigen Videoüberwachung können dagegen die Aufklärung von Straftaten erleichtern, beispielsweise nach Vandalismus oder Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln. Wir wollen daher einen sensiblen Umgang damit fördern und stets individuellen Nutzen und Kosten abwägen. Bei der Fahndung nach Verdächtigen schwerer Straftaten soll auch automatisierte Gesichtserkennung zum Einsatz kommen können. Aufgrund der Eingriffstiefe müssen Daten identifizierter unverdächtigter Personen jedoch sofort gelöscht und hohe Anforderungen an den Datenschutz gestellt werden.

Strafvollzug

Der Strafvollzug muss reformiert werden. Es braucht mehr offenen Vollzug, Bildungsangebote sowie Präventions- und Deradikalisierungsarbeit, um Inhaftierten eine bessere Resozialisierung zu ermöglichen. Hierfür müssen Erkenntnisse aus Vergleichsstudien von offenem und geschlossenem Vollzug in Hinblick auf Resozialisierungs- und Rückfallergebnisse berücksichtigt und umgesetzt werden.

Forderungen

- ✓ Kennzeichnungspflicht von Polizisten
- ✓ Überprüfung polizeilicher Vorfälle durch eine unabhängige Dienststelle
- ✓ Konsequente Verfolgung rechtsextremer Netzwerke innerhalb der Polizei
- ✓ Technische Erneuerung der Ausrüstung
- ✓ An die digitale Welt angepasste Ausbildung der Sicherheitskräfte
- ✓ Keine Bewaffnung der Polizei mit Handgranaten, Panzern o.ä.
- ✓ Videoüberwachung nur anlassbezogen an Kriminalitätsschwerpunkten
- ✓ Reform des Strafvollzugs

UMWELT UND KLIMA

Umweltschutz

Menschliche Zivilisation und Umwelt stehen in ständigem Konflikt. Dies wird in Ballungsräumen wie Berlin besonders ersichtlich. Die Partei der Humanisten strebt danach, den Widerspruch zwischen zivilisatorischen Ansprüchen und Umweltschutz durch vorausschauende Planung und eine breite Palette an Maßnahmen zu versöhnen. Wir betrachten Prävention und Regeneration hierbei als zentrale Konzepte unseres Handelns. Unter Prävention verstehen wir die Verringerung weiterer Zerstörungen und Verschmutzungen, etwa durch bewussten Konsum und Recycling von Ressourcen. Zudem sehen wir viel Potenzial für den Umweltschutz in der Verbesserung bestehender und der Entwicklung neuer Technologien in der Landwirtschaft, im Verkehrswesen und im Energiesektor. Regeneration ist notwendig, um die vom Menschen verursachten Belastungen der Umwelt nachhaltig zu beseitigen und so ihre negativen Auswirkungen zu verringern. Wo Schaden an der Umwelt entsteht, fordern wir sinnvolle Regenerations- und Ausgleichsmaßnahmen.



Umwelt

Über die Hälfte der Fläche Berlins sind Grünflächen. Diese bieten nicht nur Menschen physische und psychische Erholung, sondern sind auch Lebensraum für verschiedenste Tierarten. Grünflächen stehen allerdings häufig im Konkurrenzkampf zum wachsenden Bedarf an Wohnraum. Um diesen Widerspruch zu versöhnen, müssen die Bewohner zusammenrücken, Bezirke nachverdichtet oder Gebäude aufgestockt werden. Auch können Bauwerke ökologischer werden, etwa durch Förderung von Dach- oder Fassadenbegrünung oder den Einsatz nachhaltiger Baustoffe wie Holz. Bei der Planung und Umsetzung neuer Stadtquartiere muss die Artenvielfalt berücksichtigt und gegebenenfalls Ausgleichsflächen geschaffen werden. Hierbei ist auch die bewusste Verwilderung von Grünflächen eine Option. Doch auch intensiv gestaltete Flächen wie Kleingartenkolonien sind ein wichtiges Habitat und zudem wichtiges Element der Naherholung und deshalb erhaltenswert.

Energie

Die Reduzierung von Treibhausgasen und anderen Emissionen ist bei einer Millionenstadt mit hohem zivilisatorischen Anspruch wie Berlin kein einfaches Unterfangen. Wichtig ist aus unserer Sicht eine konsequente Sektorkopplung. Der Verkehrssektor muss defossilisiert

werden. Dies geschieht durch die Verlagerung auf elektrische Systeme wie Bahnen oder Elektromobilität sowie den Einsatz von E-Fuels. Zudem muss der Transport von Fernwärme durch eine bessere Abwärmeeinspeisung und einen stärkeren Ausbau des Fernwärmenetzes verbessert werden.

Landwirtschaft

Großstädte wie Berlin müssen Millionen Bürger zuverlässig versorgen, haben aber selbst kaum Flächen für Landwirtschaft oder Tierzucht. Nahrung wird somit zum Großteil importiert und die mit der Nahrungserzeugung verbundenen ökologischen und gesellschaftliche Kosten exportiert. Unser Ziel ist es daher zum einen, die Eigenversorgung zu stärken und zum anderen, die Auslagerung von Umweltkosten zu reduzieren. Die Eigenversorgung lässt sich etwa durch „Urban-Gardening“-Projekte steigern. Langfristig ist das Ziel, eine intensive, aber nachhaltige Nahrungsmittelproduktion durch



„Vertical Farming“ oder alternative Proteinquellen zu Tierfleisch zu etablieren. Diese Technologien liefern zuverlässig hochwertige Lebensmittel, allerdings sind weder die Technologie noch die Lieferketten bereits in Deutschland etabliert. Dies möchten wir durch Aufklärung und entsprechende Förderung ändern. Um das Exportieren von Umweltkosten zu reduzieren, fordern wir, dass öffentliche Verträge mit Zulieferern nur bei nachhaltigem Anbau abgeschlossen werden und die Flächennutzung einer Anbaumethode berücksichtigt wird.

Forderungen

- ✓ Konsequente Defossilisierung des Verkehrs
- ✓ Stärkerer Ausbau des Fernwärmenetzes
- ✓ Schutz von Grünflächen
- ✓ Verdichtung des Wohnraums
- ✓ Steigerung der Selbstversorgung
- ✓ Förderung intensiver, aber nachhaltiger Anbaumethoden und alternativer Proteinquellen

WIRTSCHAFT

Deutschland zählt zu den wirtschaftlich stärksten Industrienationen weltweit. Dabei basiert der Wohlstand unserer Gesellschaft auf der sozialen Marktwirtschaft, die wir als einzige Wirtschaftsform für vereinbar mit humanistischen Werten wie individueller Freiheit und fairem Interessenausgleich halten.

Ein offener Austausch von Waren und Technologie über Landesgrenzen hinweg hat sich in Europa und der Welt als Garant für Frieden und Wohlstand bewährt. Insbesondere für den Exportstandort Deutschland und die Stadt Berlin mit einer Exportquote von bis zu 50 % ist die Globalisierung eine Chance. Diese geht gleichwohl aber auch mit Herausforderungen einher für die es eine engere internationale Zusammenarbeit, beispielsweise im Steuerrecht und dem Arbeitsschutz, braucht.



Unternehmensgründung ist der Schlüssel zu einer leistungsfähigen und innovativen Wirtschaft. Startups und mittelständische Unternehmen schaffen neue Märkte und Arbeitsplätze und tragen so maßgeblich zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei. Deshalb wollen wir Unternehmertum unterstützen. Eine gute Wirtschaftspolitik muss Wettbewerb durch Verhinderung von Monopolstellungen fördern und in Innovationen investieren. Exzellente Forschung und technologische Entwicklungen sind notwendig, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Wirtschaftliche Entwicklung Berlins

Seit der Wiedervereinigung wächst Berlins Wirtschaftsleistung überdurchschnittlich mit einer hohen Quote für Unternehmensgründungen. Seit über 15 Jahren gilt Berlin deshalb als Gründungshauptstadt Deutschlands und ist ein internationales Zentrum für Startups und Risikokapital-Investitionen.

Die positive Entwicklung wird durch Synergie-Effekte zwischen Forschungsbetrieb, etablierten Wirtschaftsunternehmen und bereitgestelltem Raum für Unternehmensgründungen in sogenannten Technologieparks begünstigt. Der seit 30 Jahren bestehende Technologiepark Adlershof zählt heute beispielsweise in mehreren Technologiefeldern zu den modernsten Innovationszentren Europas. Die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft treibt dort technologische Entwicklungen effektiv voran.

Daher unterstützen wir laufende und zukünftige Projekte wie die „Siemensstadt 2.0“ und den geplanten „Berlin TXL – the Urban Tech Republic“ Technologiepark auf dem Gelände des ehemaligen Flughafen Tegel und fordern die Vereinfachung und Beschleunigung derartiger

Entwicklungsprojekte. Auch industrielle Ansiedlungen wie die Tesla Gigafactory Berlin-Brandenburg betrachten wir als positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung Berlins, solange diese im Einklang mit geltenden Regelungen wie dem Umweltschutz stattfinden.

Stärkung des Standorts Berlin

Die Attraktivität des Standort Berlins für Startups und Investoren hat gute Gründe. Berlin schneidet - auch aufgrund der lebendigen Kunst- und Kulturbranche, die viele Touristen anzieht und dadurch selbst einen großen Teil zur Wirtschaftsleistung beiträgt - regelmäßig sehr gut in Studien zur Lebensqualität ab.

Weitere positive Standortfaktoren sind eine gute Infrastruktur in den Bereichen höhere Bildung, Forschung und Verkehr. Mit elf staatlichen und einer Vielzahl privater Hochschulen ist Berlin ein Wissenschaftsstandort mit hoher Akademikerdichte und einem reichen Angebot gut ausgebildeter Absolventen auf dem Arbeitsmarkt. Ein gut ausgebauter ÖPNV, welcher ständig erweitert wird, ein moderner Hauptbahnhof als internationaler Verkehrsknotenpunkt und die kürzliche Fertigstellung des Flughafens BER können weitere Wachstumsimpulse setzen.

Die Pandemie hat allerdings auch einmal mehr Schwachstellen offengelegt, die unseren Wohlstand gefährden. Unsere Verwaltung ist zu bürokratisiert und zu langsam. Unser Schulsystem ist ungerecht, veraltet und unflexibel. Eine Ursache dafür sehen wir vor allem auch in der verschlafenen Digitalisierung. Um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt langfristig zu unterstützen müssen Stärken ausgebaut und Schwächen beseitigt werden.

Forderungen

- ✓ Drastische Reduzierung der Bürokratie
- ✓ Ausbau einer effizienten digitalen Verwaltung mit deutlich erhöhten Kapazitäten
- ✓ Stärkere Förderung und Unterstützung von Wirtschaftsprojekten
- ✓ Staatliche Unterstützung von Kunst und Kultur
- ✓ Mehr Förderung von Unternehmensgründungen und Startups durch Ausweitung finanzieller Förderprogramme und vereinfachtem Zugang zu Investitionen und finanzieller Förderung
- ✓ Mehr Bildungsangebote zur Unternehmensgründung, z.B. an Schulen, Hochschulen und Universitäten
- ✓ Effektive soziale Absicherung von Gründern
- ✓ Vereinfachung des Steuersystems und Abbau von Ausnahmeregelungen

SÄKULARISIERUNG

Laut Grundgesetz sind in Deutschland Kirche und Staat voneinander getrennt. In der Realität ist dies jedoch nur mäßig umgesetzt. Wir streben einen säkularen Staat an, welcher unbeeinflusst von Religionsgemeinschaften für alle Bürger des Landes gleiche Rahmenbedingungen schafft.



Säkulare Gesetzgebung

Kirchenzahlungen

Das Land Berlin wird allein im Jahr 2021 insgesamt circa 27 Millionen Euro Staatsleistungen an Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zahlen. Diese zweckungebundenen Mittel werden im Gegensatz zur Kirchensteuer von allen Steuerzahlern finanziert und das obwohl in Berlin zwei Drittel der Menschen konfessionsfrei sind. Artikel 140 des Grundgesetzes sieht die Ablösung der Staatsleistungen vor. Wir fordern, diesen Verfassungsauftrag endlich umzusetzen und die Staatsleistungen ablösefrei zu streichen.

Arbeitsrecht

Kirchen, die im Bereich der Daseinsvorsorge tätig sind, müssen sich laut Artikel 140 des Grundgesetzes in Bezug auf das Arbeitsrecht „innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes“ bewegen. Bezogen auf Beschäftigte und andere nicht-kirchliche Leistungserbringer sollte auch der allgemeine Gleichheitsgrundsatz erfüllt sein.

Berlin soll sich im Bundesrat für die Abschaffung der kirchlichen Sonderrechte einsetzen. Das allgemeine Arbeitsrecht muss auch in diesem Bereich gelten, sodass sich Angestellte in Gewerkschaften organisieren und den Arbeitskampf als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen können. Eingriffe in das Privatleben zur Durchsetzung religiöser Moralvorstellungen sind zu verbieten.

Neutralitätsgesetz

Berlin ist eine vielfältige Stadt, in der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen zusammenleben. Das Berliner Neutralitätsgesetz verpflichtet staatliche Akteure dort, wo sie in Kontakt mit den Bürgern treten, zu weltanschaulich-religiöser Neutralität und leistet in einer Stadt mit über 250 Religionsgemeinschaften und einem hohen Anteil Konfessionsloser einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Frieden. Religiöse Symbole haben in einem weltanschaulich neutralen Staat keinen Platz in staatlichen Einrichtungen wie Schulen und

Behörden. Wir betrachten dieses Gesetz als wichtigen Schritt hin zu einem säkularen Staat und setzen uns dafür ein, dieses beizubehalten.

Säkulare Bildung

Ethikunterricht

An staatlichen Schulen in Berlin besuchen die Schüler der siebten bis zehnten Klassen einen gemeinsamen Ethikunterricht, in welchem Wissen über verschiedene Religionen, Kulturen und Lebensweisen vermittelt wird. Zusätzlich haben die Schüler die Möglichkeit, freiwillig einen Religionsunterricht zu besuchen. Wir setzen uns dafür ein, den gemeinsamen Ethikunterricht zu erhalten. Nur dieser ermöglicht es im Sinne des Neutralitätsgebots, über Religionen und Weltanschauungen zu informieren und gemeinsame Werte zu vermitteln.

Universitäten

Universitäten sind Orte, an denen man der Wissenschaft verpflichtet ist. Öffentlich geförderte theologische Lehrstühle sollten daher zugunsten religionswissenschaftlicher Lehrstühle abgeschafft werden.

Säkularer Staat

Paralleljustiz

Auch in Berlin sind Missbrauchsfälle im kirchlichen Umfeld bekannt geworden. Wir fordern, dass diese Verbrechen durch unabhängige staatliche Behörden aufgeklärt werden, um Einflussnahme und Einschüchterung durch die Täter und ihre Schirmherren zu unterbinden. Grundsätzlich muss religiöser Paralleljustiz entschlossen entgegengewirkt werden.

Rundfunk

Der Rundfunkrat des Rundfunks Berlin Brandenburg (rbb) soll gemäß Rundfunkstaatsvertrag einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden und sich aus gesellschaftlich relevanten Gruppen zusammensetzen. Dies sind Vertreter aus Gewerkschaften, Politik, Verbänden und den Kirchen. Konfessionslose und Angehörige nicht-christlicher Religionen sind jedoch nicht vertreten. Dieser Zustand ist mit Blick auf das Neutralitätsgesetz nicht haltbar und muss beendet werden. Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sollten keinen Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben.

Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften

Berlin berief 2021 Personen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden und islamistischen Organisationen nahestehen, in die „Expertenkommission zu antimuslimischem Rassismus“. Diesen unkritischen Umgang mit Vertretern des politischen Islam halten wir für problematisch.

Sollte Berlin mit Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zusammenarbeiten, muss zukünftig darauf Wert gelegt werden, dass sich die Religionsvertreter zu unseren Grundrechten bekennen.

Forderungen

- ✓ Beendigung der Staatsleistungen an Religionsgemeinschaften
- ✓ Besetzung des rbb-Rundfunkbeirats ohne Religionsvertreter
- ✓ Beibehaltung des gemeinsamen Ethikunterrichts
- ✓ Konsequente Beibehaltung des Neutralitätsgesetzes
- ✓ Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts in der Daseinsvorsorge
- ✓ Unabhängige Aufklärung der kirchlichen Missbrauchsfälle

EUROPA

Die Partei der Humanisten Berlin bekennt sich zu einem vereinten Europa. Wir sind überzeugt, dass wir die Herausforderungen unserer Zeit wie den Klimawandel und das Auftauchen neuer Großmächte auf der geopolitischen Weltbühne nur bewältigen können, wenn wir die Europäische Union zu einem starken, europäischen Bundesstaat weiterentwickeln.



Wir begrüßen daher die Entscheidung des Abgeordnetenhauses, einen Europabezug in die Berliner Landesverfassung aufzunehmen. Wir fordern, das Land Berlin als lebendiges Glied in einem vereinten Europa zu gestalten und an der Schaffung eines Europas der Regionen sowie der Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit aktiv mitzuwirken. Föderative Prinzipien sowie der Grundsatz der Subsidiarität sollen beibehalten und gestärkt werden. Die Regionen sind dabei mit eigenen Abgeordneten in einem europäischen Rat der Regionen vertreten und können so regionale Bedürfnisse in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen.

Europäische Kooperation

Wir möchten noch enger mit unseren europäischen Nachbarn zusammenwachsen und setzen uns für einen stärker vernetzten Fernverkehr mit unseren Nachbarstaaten ein.

Gleichzeitig wollen wir länderübergreifende Bildungsprojekte wie den multinationalen Universitätsverbund sowie europäische Schülerprojekte fördern und das Schulkonzept der Staatlichen Europa-Schule Berlin ausbauen. Wir setzen uns zudem für die Schaffung einer europäischen Zentrale für politische Bildung ein, um europäische Grundwerte und demokratische Kompetenzen zu vermitteln.

Europäisches Berlin

In Berlin wollen wir den Europatag am 9. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklären sowie Europawoche und -fest verstärkt zur Vermittlung der europäischen Idee nutzen. In diesem Rahmen sollten beispielsweise Berlins Rolle in Europa und die Vorteile der Europäischen Union für das Land Berlin vermittelt werden. Darüber hinaus wollen wir die europäischen Partnerschaften der Stadt Berlin stärken und den grenzüberschreitenden Dialog intensivieren.

Dauerhaft in Berlin lebende EU-Unionsbürger sollten die Möglichkeit haben, über die Politik Berlins mitentscheiden zu können. Wir setzen uns daher für ein Wahlrecht für EU-Unionsbürger

bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus ein, wie dies bereits bei den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen der Fall ist.

Bundesrepublik Europa

Wir setzen uns für die Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) zu einer vollwertigen „Bundesrepublik Europa“ ein. Wir wollen die aktuellen Probleme der EU beheben und sie demokratischer, bürgernäher und effizienter machen.

An die Stelle der Nationen sollen sich selbst verwaltende Regionen treten, über deren Gebiet und Zugehörigkeit zur „Bundesrepublik Europa“ die Bürger in Volksabstimmungen entscheiden. Dadurch bewahren wir die kulturelle Identität der Regionen und sichern gleichzeitig die Gemeinschaft als Ganzes.

Forderungen

- ✓ Erklärung des Europatags am 9. Mai zum gesetzlichen Feiertag
- ✓ Förderung länderübergreifender Bildungs- und Infrastrukturprojekte
- ✓ Bundesrepublik Europa mit lokaler Vertretung im Rat der Regionen
- ✓ Lösung gemeinschaftlicher Herausforderungen auf europäischer Ebene
- ✓ Enger Erfahrungsaustausch mit anderen europäischen Regionen
- ✓ Schaffung einer europäischen Zentrale für politische Bildung
- ✓ Förderung des Schulkonzepts der Staatlichen Europa-Schule Berlin
- ✓ Stärkung europäischer Partnerschaften der Stadt Berlin
- ✓ Wahlrecht für dauerhaft in Berlin lebende EU-Unionsbürger

DU WILLST UNS BESSER KENNENLERNEN?

Folge uns auf Social Media:



@parteiderhumanisten.berlin



@parteiderhumanisten_berlin



@PdH_Berlin



DU WILLST MEHR ÜBER UNS WISSEN?

Auf unserer Homepage findest du viele weitere Informationen:

WWW.DIEHUMANISTEN.DE/BERLIN

MACH MIT!

Gestalte mit uns die Politik von morgen:

[JETZT MITGLIED WERDEN!](#)

IMPRESSUM:

Partei der Humanisten Berlin

z.H. Georg Hille

Malplaquetstraße 32a

13347 Berlin

info@berlin.diehumanisten.de